

Landesverband Landschaftsschutz Sachsen
Alte Hauptstr.57, 01833 Stolpen

Sächsisches Zeitung
Redaktion Zittau
Neustadt 18

02763 Zittau

Vorgangsnummer: 2014-01-001

Ansprechpartner: Michael Eilenberger

Telefon: (+49) 174 - 4608078

Telefax: (+49) 35973 25120

E-Mail: Landschaftsschutz-Sachsen@gmx.de

Internet: www.sachsen-gegenwind.de

Datum: 17.01.2014

Leserbrief zum SZ-Artikel „Viel Wind um ein Rad“ vom 09.01.2014

Viel Wind um „zunächst“ ein Rad

Der Ortstermin Anfang Dezember letzten Jahres der Vorsitzenden der FDP Holger Zastrow und des Landverbandes Landschaftsschutz Michael Eilenberger in Feldleuba hatte nicht die Maßregelung der Bürgermeisterin und des Stadtrates von Ostritz zum Ziel, wie dies in der Presse vom 9. Januar zu lesen war. Vielmehr ging es darum auf Probleme aufmerksam zu machen, die offensichtlich keine ausreichende Beachtung bei den zuständigen Stellen finden. Man stünde zwischen Baum und Borke bei der Entscheidung zwischen dem Wohl der Einwohner und dem Geld der Investoren sagt Bürgermeisterin Marion Prange. Die Entscheidung, Investoren das Feld zu bereiten und den Familien in Feldleuba peu à peu ihre Lebensqualität zu verschlechtern ist vor dem Hintergrund der oft zitierten demografischen Probleme unverantwortbar. Es geht hier nicht ausschließlich um die einzelne Windkraftanlage die fernab des Vorrang- und Eignungsgebietes (VREG) errichtet werden soll, nein der eigentliche Plan ist deutlich erkennbar. Jetzt die einzelne Anlage mit Hilfe eines Zielabweichungsverfahrens errichten und im Nachgang die Lücke zum VREG schließen. Die Lebenssituation der Anwohner, die schon seit Jahren dem Risiko der bestehenden Windkraftanlagen wie Geräuschbelästigungen, Infraschall und optischer Bedrängung ausgesetzt sind, wird sich durch die Entscheidungen des Stadtrates deutlich verschärfen. Die Krone der Unverschämtheit und Arroganz setzt Jörg Weichler der Debatte auf in dem er sich zur Siedlungsstruktur in Feldleuba wie folgt äußert: „ Wer im Außenbereich wohne, müsse derartige Vorhaben hinnehmen.“ Nein, das muss man nicht hinnehmen schon gar nicht wenn ein gesellschaftlicher Nutzen des Ganzen nicht erkennbar ist. Wenn man bedenkt, dass Deutschlands mittlerweile rund 23.500 Windkraftanlagen nur einen Beitrag von rund 1,8 % des Endenergieverbrauchs liefern sind solche Äußerungen nicht hinnehmbar.

Mit der Ausnahme von Splitter- und Einzelsiedlungen aus dem gesundheitlichen Vorsorgegedanken wird eine Zweiklassengesellschaft aufgetan: Ein zu schützender Bevölkerungs- und

Seiten 1 von 2

einen nicht zu schützenden Bevölkerungsteil bei gleicher Gefährdungslage. Dass die Bürger in Feldleuba gegen diesen Wahnsinn aufbegehren ist ihr gutes demokratisches Recht. Ein Recht, was wir uns 1989 erkämpft haben. Die Äußerung von Frau Prange in der SZ am 18.12.2013 zu den politischen Risiken und Nebenwirkungen des Handelns der Feldleubaer zeigt deutlich wie es steht um die Freiheit der politischen Meinungsäußerung in Ostritz.



Michael Eilenberger
-Vorsitzender-